

GRÜNAKTUELL



■ **WOHNUNGSBAU
UND INTEGRATION**

■ **INTERVIEW MIT
STEFFI VON BERG**

■ **OKJA IN
EIMSBÜTTEL**

INHALT

Wohnungsbau und Integration	3
Interview mit Stefanie von Berg (MdHB)	7
Offene Kinder-Jugendarbeit in Eimsbüttel	11
Anträge	13

IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion Eimsbüttel

Methfesselstraße 38
20257 Hamburg

T 040.401 42 45
E presse@gruene-eimsbuettel.de

www.gruene-eimsbuettel.de

GRÜN AKTUELL ist ein Informationsblatt der Grünen
Fraktion Eimsbüttel. Es erscheint zweimonatlich zur
Sitzung der Bezirksversammlung.

Redaktion: Bettina von Bülow
Grafik und Layout: Christoph Jöns (www.grafik-joens.de)

V.i.S.d.P.: Volker Bulla

Titelbild.: CC-BY-2.0 Gerhard Kemme, AKN-Station
Hörgensweg via flickr/<http://gruenlink.de/14y2>

EDITORIAL

Die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften – vom Feststellen möglicher Flächen über Bürgerbeteiligung bis hin zur Integration der neuen Bewohner*innen gehört zu den wichtigen Themen der Bezirkspolitik. Integration verstehen wir GRÜNEN als eine politische Querschnittaufgabe, denn die Herausforderung besteht ja darin, den gesamten Bezirk zu stärken, Wohnraum für Alteingesessene wie Zugezogene und eine gute Infrastruktur für alle Menschen zu schaffen. Besonders in Eidelstedt entstehen neue Quartiere. Im Schwerpunktbeitrag befasst sich Volker Bulla mit den Aufgaben und Perspektiven für die Zukunft.

Mit Stefanie von Berg starten wir eine Reihe von Gesprächen mit den Eimsbütteler Bürgerschaftsabgeordneten. Karin Püschel, Mitglied der Bezirksfraktion, fragt nach den Erfahrungen in der Regierungskoalition, nach Zielsetzungen und dem Austausch mit der Bezirkspolitik.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein Kernanliegen Grüner Politik. Die Finanzierung der Angebote und Einrichtungen im Bezirk ist ein heikler Balanceakt – aber ein lohnender für die Integration der Kinder und Jugendlichen.

Eine anregende Lektüre wünschen Ihnen
Lisa Kern und Volker Bulla



Wohnraum für Flüchtlinge –

Integration notwendig

Notunterkünfte in leerstehenden Baumärkten, zahlreiche Containerstandorte, bis kurz vor dem Winter noch Zeltunterkünfte – die Situation der Flüchtlingsunterbringung in Hamburg ist angespannt. Schaut man auf die Situation in den Herkunftsländern wie Syrien, Afghanistan und Irak, dann wird deutlich, dass die schnelle Rückkehr von Flüchtlingen eine Illusion ist. Wir haben die Aufgabe, die Menschen, die in Hamburg Schutz gesucht und eine längere Aufenthaltsperspektive haben, menschenwürdig unterzubringen.

Der Senat hat mit dem Programm "Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen" (Bürgerschaftsdrucksache 21/1838) auf die angespannte Situation reagiert und plant die Errichtung von bis zu 5.600 Wohnungen bis 2016/2017. In allen Bezirken sollen neue Wohnquartiere entstehen, die von Investoren zunächst als Wohnunterkünfte im Standard des sozialen Wohnungsbaus errichtet werden, in der ersten Phase durch „fördern und wohnen“ vorrangig mit Flüchtlingen belegt werden, später als normaler

Wohnraum mit gemischter Belegung dauerhaft Bestand haben sollen und allen Wohnungssuchenden zur Verfügung stehen. Auch können durch Änderungen der baurechtlichen Bestimmungen Flächen, die bislang für den Wohnungsbau nicht zur Verfügung standen, schneller entwickelt werden.

Wohnungsbauprogramm verstärken

Trotz des verstärkten Wohnungsbaus herrscht in Hamburg weiterhin Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Wir müssen für alle Wohnungssuchenden das Wohnungsbauprogramm verstärken. Zusätzlich stehen wir vor der Herausforderung, für Flüchtlinge mit längerfristiger Aufenthaltsperspektive Wohnraum zu schaffen. Dieser Aufgabe stellen sich alle Bezirke in Hamburg. Keiner entzieht sich der Verantwortung, möglichst integrierte Standorte zu entwickeln. Für Eimsbüttel mit sehr wenigen städtischen Flächen und einer sehr hohen Bevölkerungsdichte in den Stadtteilen des Kerngebietes ist das eine besondere Herausforderung. Gleichzeitig wollen wir als Grüne in der Koalition auf Bezirksebene unsere Grünflächen, insbesondere die Landschaftsachsen, die die Frischluftzufuhr sicherstellen, grundsätzlich erhalten. Die Position der Stadtentwicklungssenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD),



CityScienceLab

FOTO: HCU HAMBURG

verstärkt die Grünbereiche in Betracht zu ziehen, halten wir für problematisch. Da es in anderen Bezirken Eingriffe in Grünflächen geben wird, konnte Jens Kerstan als Grüner Umweltsenator zumindest einen Ausgleich durch Ausweisung von neuen Naturschutzgebieten mit 350 Hektar schaffen.

Integrativer Ansatz – Eimsbüttel plant möglichst kleinteilig

Die Eimsbütteler Stadtplanungspolitik und die Bezirksentwicklungsplanung ist seit Jahren durch eher kleinteilige und integrative neue Wohnstandorte charakterisiert. Wir begreifen den Flächenmangel im Bezirk eher als Chance für angepasste Planung denn als Manko. Gleichwohl sehen wir die Not-

wendigkeit der höheren Verdichtung. Das Wohnungsbauprogramm und die Bezirksentwicklungsplanung haben schon im Einvernehmen mit der Bezirkspolitik Urbanisierungszonen ausgewiesen, denn Hamburg ist eine attraktive Stadt und die Einwohnerzahl wird weiterhin steigen.

Vor dem Hintergrund dieses integrativen Planungsansatzes war die erste Aufforderung des Senats zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge problematisch. Gefordert wurde von den Bezirken eine Fläche mit acht Hektar in städtischem Besitz. Diese Größenordnung widerspricht einem integrativen Ansatz und passende städtische Liegenschaften wären nur noch in den Grünflächen vorhanden gewesen. Die Eimsbütteler

Koalition hat sich mit dem Bezirksamt und den anderen Fraktionen darauf verständigt, dezentralere Vorschläge zu machen. Vorgehen sind nun drei Flächen:

Am Ellerbeker Weg in Schnelsen mit 225 Plätzen in Form von Reihenhäusern, die sich nach dem bestehenden Bebauungsplan richten. Am Duvenacker in Eidelstedt mit bis zu 120 Wohnungen und am Hörgensweg in Eidelstedt – hier hat der Bezirk die ursprünglichen Planungen von 600 Wohnungen in der ersten Vorstellung im Stadtplanungsausschuss bereits auf 400 Wohnungen reduziert, um eine Integration in das angrenzende Quartier zu ermöglichen. Mit diesen Größenordnungen ist Eimsbüttel weit entfernt davon, Großsiedlungen wie in den 60er und 70er Jahren zu bauen. Gleichzeitig wird der Bezirk bereits im Baugenehmigungsverfahren Gutachten zur Lärm- und Immissionsbelastung anfordern, da die Flächen in unmittelbarer Autobahnnähe liegen.

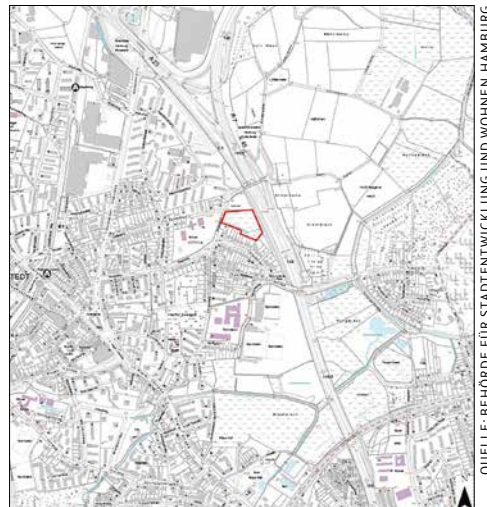
Eidelstedt unterstützen

Schon länger bemüht sich der Bezirk darum, für Eidelstedt Verbesserungen zu erreichen: Der Stadtteil wurde in das Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung (RISE) aufgenommen. Es ist uns bewusst, dass Eidelstedt die schlechtesten Sozialdaten in Eimsbüttel hat. Warum dennoch dort die Standorte für Unterkünfte? Weil trotz Prüfung zahlreicher Flächen keine Alternativen in Sicht sind, die zeitnah realisiert werden können. Die Fördergebiete für RISE wurden daher ausgeweitet und berücksichtigen die aktuellen Planungen. Integrative Standorte bedeuten keine isolierte Infrastruktur im neuen Gebiet, sondern bedeuten, dass die notwendige soziale Infrastruktur im angrenzenden Quartier verstärkt oder – wo notwendig – neu geschaffen wird. Eine Rei-

he von Institutionen ist bereits vorhanden und kann ausgebaut werden. Natürlich gibt es die Sorge um die Situation in den Schulen und Kitas. Die Bezirksversammlung hat daher die Schulbehörde bereits in den Ausschuss für Bildung und Sport der Bezirksversammlung eingeladen, um einen ersten Überblick über die Planungen zu erhalten. Im Kita-Bereich gibt es Überlegungen für einen Neubau. Da aber auch in Eidelstedt die Flächen knapp sind, kann in diesem Fall eine Randfläche am neuen Standort sinnvoll sein.

Breites Integrationskonzept

Die Bürgerschaft hat auf Landesebene mit einem 25-Punkte-Programm (Bürgerschaftsdrucksache 21/2550) einen umfangreichen Maßgabenkatalog beschlossen, der gewährleisten soll, dass im Umfeld der neu entstehenden Quartiere im Rahmen des Programms „Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“ die Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben gegeben sind.



QUELLE: BEHÖRDE FÜR STADTENTWICKLUNG UND WOHNEN, HAMBURG

Flüchtlingsunterkunft Duvenacker Eidelstedt

Gefordert wird unter anderem, dass

- die Infrastruktur für Kinder, Jugend und Familie bedarfsgerecht ausgebaut sowie die lokale Gesundheitsversorgung gestärkt und besser vernetzt wird,
- die Sportvereine beim Ausbau ihres Angebots an Sport- und Freizeitaktivitäten in der Nähe von Flüchtlingsunterkünften unterstützt werden,
- die Integration in Arbeit und Ausbildung von vornherein mit in die Quartiersüberlegungen einbezogen wird,
- die Stadtteilkultur sowie die Kinder- und Jugendkulturarbeit für gelingende Integration genutzt und Angebote im Hinblick auf die neuen Quartiere bedarfsgerecht ausgebaut werden,
- Sicherheitskonzeptionen erarbeitet und insbesondere die zuständigen Polizeikommissariate durch personelle Verstärkung in die Lage versetzt werden, in den neuen Quartieren und den angrenzenden Stadtteilen Präventionsarbeit zu leisten und Konflikte zu klären,
- die Verkehrsanbindungen in der Umgebung der neuen Unterkünfte so verbessert werden, dass möglichst direkte Anbindungen an den ÖPNV und eine fahrradfreundliche Infrastruktur in die benachbarten Stadtteile entstehen,
- die gezielte und nachhaltige Aktivierung und Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger erfolgt, denn es geht nicht um eine Integrationspolitik, die insbesondere auf Migrantinnen und Migranten als Zielgruppe abzielt, sondern um eine sozialräumlich ausgerichtete Integrationspolitik, die stärker mit der Stadtentwicklungs-, Bildungs-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik verschränkt ist,
- die Hinweise aus dem Forum Flüchtlingshilfe in die Ausgestaltung der neuen Quartiere miteinbezogen werden,
- die personelle und finanzielle Handlungsfähigkeit der Bezirke wirksam gestärkt wird,

um sie in ihrer Umsetzungsverantwortung für den Aufbau, die Entwicklung und das praktische Leben der neuen Quartiere zur Flüchtlingsunterbringung zu unterstützen.

An der Umsetzung, Planung und/oder Konkretisierung dieser Maßgaben ist der Bezirk in der Regel beteiligt. Zur Durchführung von Maßnahmen erhalten die Bezirke eine Aufstockung des Quartierfonds, auch wurden im Rahmen der Schaffung eines Forums für Flüchtlingshilfe den Bezirken Mittel zur Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe zugewiesen

Gemeinsam vor Ort Verantwortung wahrnehmen

Dieser breite Integrationsansatz soll die Quartiere insgesamt stärken. Eine Volksinitiative, die eine sehr eng gefasste Definition von integrativen, dezentralen Standorten durchsetzen will, wendet sich nun dagegen. Wo diese sehr kleinteiligen Flächen ermöglicht werden könnten, steht noch offen. Es ist aber richtig, die Bedenken aufzugreifen und mit der Initiative und den aktiven Menschen vor Ort im Gespräch zu bleiben bzw. dieses zu verstärken. Transparenz ist wesentlich. Der Rot-Grüne Senat hat gemeinsam mit der HafenCity Universität Hamburg das City Science Lab vorgestellt, das den Hamburger*innen ein praxistaugliches Mittel zur Flächenfindung für Flüchtlingsunterkünfte bietet. Ziel ist es, die Transparenz des Prozesses zu erhöhen und noch verfügbare Flächen möglichst schnell zu finden. Eine solche Flächensuche wurde auch in Eidelstedt gefordert. Die weiteren Planungen und Sachstände werden in den Gremien vor Ort und der Bezirksversammlung in den kommenden Wochen dargestellt, und es wird Diskussionen geben, um Lösungen mit möglichst breitem Konsens zu finden.

(Volker Bulla)

Interview mit Stefanie von Berg



FOTO: GRÜNE

Dr. Stefanie von Berg zog im Februar 2015 zum zweiten Mal als Abgeordnete in die Hamburger Bürgerschaft ein. In der Grünen Fraktion ist sie Ausschusssprecherin für Schule, berufliche Bildung und Weiterbildung, Vorsitzende des Schulausschuss in der Bürgerschaft und zudem religionspolitische Sprecherin. Sie kommt aus dem Wahlkreis 6 (Eimsbüttel-West, Stellingen und Eidelstedt). Im Gespräch mit Karin Püschel, Mitglied der Grünen Eimsbütteler Bezirksfraktion und langjähriges Mitglied des Kreisvorstandes, spricht sie über ihre Schwerpunkte, die Arbeit in der Regierungskoalition, aktuelle Fragen in der Bürgerschaft und die Zusammenarbeit zwischen Bezirk und Landesebene.

K. P.: Welche Themen bewegst Du als Grüne Bürgerschaftsabgeordnete im Augenblick?

Ein zentrales Thema ist der Umgang mit Vielfalt. Denken wir an den Bereich Schule lautet das Stichwort „Inklusion“. Fasst man den Begriff der Inklusion weiter, dann geht es nicht nur um Kinder mit Behinderungen, sondern um den Umgang mit Vielfalt im weitesten Sinne, also Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und geflüchtete Kinder. Die Schulen müssen in die Lage versetzt wer-

den, mit der immer größer werdenden Vielfalt in unserer Stadt – über die ich im Übrigen froh bin – umzugehen. Viele Lehrer*innen, aber auch das pädagogische Personal in der Nachmittagsbetreuung, sind noch für relativ homogene Lerngruppen ausgebildet worden. Es ist ein ganz schwieriger Prozess umzulernten. Deswegen ist es für mich auch in dieser Legislaturperiode ein bedeutsamer Schwerpunkt, das Thema Unterrichtsentwicklung nach zu vorne zu bringen. Denn Inklusion

INTERVIEW

steht und fällt mit den handelnden Personen vor Ort. Politik kann das nur bedingt verordnen, sie kann den Rahmen schaffen, das Ziel formulieren und die entsprechenden Ressourcen stellen, aber wirklich umsetzen können das nur die Menschen.

Schritte in Richtung individualisiertem Unterricht werden schon seit längerem unternommen, also weg vom klassischen Frontalunterricht zu individuellen Lernprozessen in heterogenen Gruppen. Denkst Du, dass dieser Prozess noch nicht weit genug entwickelt wurde oder scheitert es bislang an den Möglichkeiten oder der Bereitschaft zur Umsetzung?

Das ist eine vielschichtige Gemengelage. Viele Pädagog*innen haben Vorkenntnisse und auch bereits eine Fortbildung besucht, doch es scheitert zumeist daran, dass inklusiver, individualisierter Unterricht nicht schulweit durchgesetzt wird. Die Schulen, die konsequent den Unterricht in Teams entwickeln, die Unterrichtsmaterialien gemeinsam für alle Klassen entwickeln, erproben und sich darüber austauschen, die schaffen es zumeist. Ich glaube, an den Grundschulen klappt das sehr gut. An den Gymnasien aber wie auch an den Stadtteilschulen ist noch viel zu tun, obwohl in beiden Schulformen die Schülerschaft schon sehr heterogen zusammengesetzt ist.

Was unternimmt die Bürgerschaft in der aktuellen Situation zur Integration der Flüchtlingskinder? Gibt es konkrete Unterstützung für die Schulen?

Quer durch die Stadt entstehen jede Woche neue Unterrichtsklassen: internationale Vorbereitungsklassen wie auch Alphabetisierungsklassen für die Kinder, die mit einem nicht-lateinischen Alphabet lesen und schreiben gelernt haben. Ein Jahr lang besuchen die Kinder diese Kurse und wechseln danach in

die Regelschule. Ich sehe es als eine meiner Hauptaufgaben, dass die Verteilung der Kinder auf die Schulen gerecht verläuft. Gerade das Kerngebiet Eimsbüttel zeigt viele weiße Flecke, wenn man danach schaut, wo die Flüchtlingskinder zur Schule gehen. Im Kerngebiet bieten sich sehr gute und zahlreiche Möglichkeiten der Integration, aber die Schulen werden nicht daran beteiligt. Das liegt zum einen daran, dass sich im Stadtteil keine Flüchtlingsunterkünfte befinden, zum anderen sind die Eimsbütteler weiterführenden Schulen sehr begehrt, werden stark angewählt und halten keine freien Plätze vor. Ich denke, dass der Senat an diesem Punkt steuernd eingreifen und Plätze für Flüchtlingskinder an den weiterführenden Schulen freihalten muss. Die Konsequenz daraus hieße eben auch, dass nicht mehr alle Kinder aus dem Stadtteil einen Platz an der Wunschschule bekommen. Was bedeutet: Die Eltern müssen teilen lernen. Diese Wahrheit müssen wir aussprechen. Das unterscheidet die Grüne Position von der SPD, die keine regulativen Schritte vollziehen will. Es kann nach meinem Dafürhalten aber nicht sein, dass nur die Schulen in den Randgebieten die Belastung tragen sollen. Damit verstärken wir nur bestehende Ballungstendenzen. Die Angst vieler Bürger*innen vor Großunterkünften etwa in Niendorf oder Eidelstedt hat auch mit dieser Frage zu tun. Sie sorgen sich, dass der Anteil von Flüchtlingskindern in den Klassen überproportional hoch wird.

Kannst Du diese Sorgen nachvollziehen?

Natürlich. Auf der anderen Seite habe ich aus Gesprächen mit Lehrer*innen erfahren, dass sie sehr gern an Schulen mit vielen Flüchtlingskindern unterrichten. Diese Schüler*innen sind hochmotiviert, lernbegierig und tragen zu einer positiven Lernatmosphäre bei. Schwierige oder anstrengende Kinder

gibt es überall, aber sie sind bei weitem nicht in der Mehrheit.

Nach einem Jahr Rot-Grün: Wie schätzt Du die Arbeit mit dem Koalitionspartner ein? Wo siehst Du Chancen und Grenzen – gerade für die Bildungspolitik?

Es gibt eine klare Grenze, das ist der Koalitionsvertrag. An diese Grenze stoße ich in meiner Arbeit jeden Tag. Unseren Teil haben wir abgearbeitet. Das Projekt „AllesKönner“ (Anmerkung: Schulversuch zur systematisch kompetenzorientierten Unterrichtsentwicklung) wird im Frühjahr kommen, dann sind wir Grünen mit der Agenda durch.

Die große Herausforderung besteht nun darin, Dinge durchzusetzen, die nicht im Koalitionsvertrag stehen.

Und das wäre?

Das sind die Dinge, die nicht durchdacht oder skizziert wurden, Flüchtlingsbeschulung beispielsweise. Das Thema böte Chancen, auch andere Bereiche stark zu machen, wie eben den Umgang mit Vielfalt. Einige weiche Themen wie Unterrichtsqualität sind aus Grüner Sicht zu wenig beleuchtet. Positiv ist ohne Frage, dass wir die deutsche Gebärdensprache als Wahlpflichtfach eingeführt haben. Schön ist auch, dass wir an vielen Schulen Produktionsküchen gebaut haben.

Grundsätzlich ist es immer ein schwieriger Prozess, von der Oppositionsseite in die Regierungsrolle zu wechseln. Auf einmal muss man unbequeme Entscheidungen treffen und auch vertreten, auch wenn wir schon in der Opposition realistische, gegenfinanzierte Vorschläge gemacht haben. Koalitionspartner sind sich nicht in allen Punkten einig, Politik ist ein beständiges Aushandeln und Austarieren. Dazu gehört sicher-

lich auch zuweilen der Streit. Prozesse und Aushandlungen sind langwierig, es braucht viel Geduld.

Die AfD ist in der Bürgerschaft vertreten. Hat sich die parlamentarische Kultur verändert? Beeinflusst die AfD Eure Arbeit?

Die AfD spielt für mich schon eine besondere Rolle, nicht zuletzt weil sie den Shitstorm in den sozialen Medien gegen mich ausgelöst hat. Ich persönlich ignoriere sie, soweit das irgend möglich ist. Die AfD hat bislang noch nicht eine sinnvolle, konstruktive parlamentarische Aktion gezeigt. Allgemein nehme ich wahr, dass sie die parlamentarische Atmosphäre vergiften. Der Duktus ist heuchlerisch und populistisch. Gerade erst wieder wurden in einem AfD-Antrag Flüchtlinge in einem Atemzug mit Kriminalität, sexueller Gewalt und Belästigung genannt.

Hat der Shitstorm, den die AfD ausgelöst hat, Dein Verhalten verändert? Hältst Du Dich mit Meinungsäußerungen zurück?

Ganz im Gegenteil, ich stehe zu meinen Positionen und würde die Aussagen auch jederzeit wiederholen.

Du bist Bürgerschaftsabgeordnete und damit Mitglied der Regierungskoalition und gleichzeitig Beisitzerin im Landesvorstand, also des Hamburger Parteivorstands. Wie sind diese beiden Rollen zu vereinbaren?

Ich nehme keinen Dissens wahr. Als Beisitzerin kann ich den programmatischen Prozess der Partei vorantreiben. Die Partei gibt gewissermaßen den gestalterischen Rahmen vor - auch immer in Rückkopplung und Austausch mit der Fraktion. Es ist ein ständiges Aushandeln und Lernen zwischen Partei und Fraktion. Bildung ist ein

INTERVIEW

Schwerpunkt im programmatischen Prozess und es ist eine große Freiheit, ohne Rücksicht auf Koalitionszwänge in diesem Prozess Schwerpunkte formulieren und über politische Perspektiven und Querschnittaufgaben in größeren Clustern nachdenken zu können. Wir können uns mit unseren programmatischen Herz befragen: Was ist nach 2020? Was sind unsere Schwerpunkte, wo wollen wir hin? Ich finde diese Arbeit sehr produktiv.

Beruf, Politik und Familie – Wie bringst Du alles unter einen Hut? Ist die Belastung in dieser Legislatur noch einmal gestiegen?

Ja, keine Frage, die Belastung ist hoch. Ich habe mich an eine 80-Stunden-Woche gewöhnt, aber für meine Familie und auch für meine Gesundheit will ich konsequenter als bisher auf Freiräume und erfüllte Zeit achten. Ich arbeite gern, aber Arbeit allein macht mich nicht glücklich.

Welche Schwerpunkte verfolgst Du?

Ich möchte, dass wir zu einer humanen Flüchtlingspolitik kommen, dass wir Grünen dafür eintreten und diese Politik auch umsetzen. Das betrifft die Unterbringung, Bildung und Arbeit, aber auch die gesellschaftliche Veränderung.

In der Schulpolitik steht für mich der Umgang mit Vielfalt im Mittelpunkt. Selbstverantwortliche Schulen sollen wieder mehr Gewicht bekommen und entsprechend ausgestattet und unterstützt werden. Auch die Digitalisierung ist ein zentraler Bereich: Schüler*innen brauchen mehr Informatikkenntnisse, um kritisch und selbstbewusst mit Medienangeboten umzugehen. Daneben geht es mir auch um die Professionalisierung – also die notwendige Weiterbildung – des pädagogischen Personals.

Für den Bereich Religion habe ich eine klare Agenda: Oben steht der Religionsunterricht für alle und der interreligiöse Dialog, der wichtiger denn je geworden ist, denn nur Wissen, Begegnung und Kommunikation hilft Ängste abzubauen – auf allen Seiten und aus allen Perspektiven.

Was wünschst du dir von den GRÜNEN im Bezirk Eimsbüttel? Funktionierte die Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bezirksebene aus Deiner Sicht?

Ich wünsche mir, dass ich mehr von Problemen und auftauchenden Schwierigkeiten erfahre, damit ich einschätzen kann, worum ich mich als Wahlkreisabgeordnete kümmern muss. Ich denke da beispielsweise an Informationsveranstaltungen zu geplanten Unterkünften. Der Dialog mit den Bezirksabgeordneten läuft aber schon sehr gut.

Gerade auch in der Schulpolitik gibt es viele Überschneidungen. Einzelne Probleme müssen vielleicht auf Landesebene gezogen werden, um einen höheren Stellenwert zu bekommen.

Danke für das Gespräch!



Karin Püschel

FOTO: GRÜNE



Jugendhaus Lenzsiedlung

FOTO: LENZSIEDLUNG E.V.

Die Situation der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Eimsbüttel

Die Offene Kinder und Jugendarbeit funktioniert auf Basis der Niedrigschwelligkeit und ist daher für die Integration von Kindern und Jugendlichen hervorragend geeignet. Die Häuser der Jugend oder auch die Bauspielplätze leisten einen außerordentlichen Beitrag zur Integration der zu uns geflüchteten Kinder und Jugendliche. Hier kön-

nen sie „spielend“ Sprache, Kultur- und Sozialkompetenz lernen und Freunde finden.

Der Hamburger Senat beschloss 2012 die Kürzung der Mittel für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) um zehn Prozent und setzte diese Beschlüsse in der Folge auch um. Die Begründung lautete, durch die Einführung der Ganztagschule verringere sich der Bedarf für die OKJA. Dies wurde von

Anfang an kritisiert und auch vom verantwortlichen Senator bei seiner Verabschiedung als Fehler eingeräumt. Die folgenden Rahmenezuweisungen der Jugendhilfe sind auch im Bezirk Eimsbüttel ohne Zustimmung der VertreterInnen der Träger fortgeschrieben worden. Nach wie vor erachten wir Grünen dieses jugendpolitische Konzept, die offene Arbeit durch schulische Arbeit zu ersetzen, als einen großen Fehler.

Junge Menschen brauchen niedrigschwellige, ortsnahe Anlaufstellen und wirksame, fachliche Unterstützung in verschiedenen Lebensräumen. Es muss ihnen möglich sein, über Privates zu berichten, ohne dass dies im Rahmen ihrer Schutzräume aktenkundig wird. Offene Angebote sind auch die Voraussetzung für die Entwicklung von Problemlösungskompetenzen. Junge Menschen müssen die Möglichkeit haben, sich in Projekten und Hobbys auszuprobieren ohne zugleich verbindlich verplant zu werden. Selbsterfahrung und Gestaltung lassen sich nicht durch schulische Erfassung und Planung verwirklichen, sondern erhalten erst durch fachlich-qualitativ gute offene Kinder und Jugendarbeit ihren Raum.

OKJA im aktuellen Haushalt

Im letzten Jahr gab es eine Tarifierhöhung in dem Bereich Jugendarbeit. Die gestiegenen Personalkosten waren neben den stetig steigenden Betriebskosten ein großes Problem für die betroffenen Einrichtungen, welches grundsätzlich zu Lasten der Angebote hätte ausgeglichen werden müssen. Durch die von der Stadt zur Verfügung gestellten Tarifverstärkungsmittel und Restmittel des Bezirks aus dem Vorjahr konnte 2015 die Finanzierungslücke gedeckelt werden. Ob dies im Jahr 2016 zu leisten sein wird, ist fraglich. Trotzdem haben sich die Fraktionen ent-

schieden, keine Einrichtungen zu schließen und erneut auf genügend Restmittel zu hoffen und gleichzeitig auf eine finanzielle Verstärkung zu bestehen. Die nun verbindlich vom Senat zugesicherten Tarifverstärkungsmittel in Höhe von drei Prozent im nächsten Doppelhaushalt stellen einen Anfang dar.

Offene Kinder- und Jugendarbeit und Geflüchtete

Einer der Knackpunkte im Rot-Grünen Koalitionsvertrag war sicherlich die beabsichtigte Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine Million Euro zusätzlich sollen nun laut einem aktuellen Antrag der Rot-Grünen Regierungsfraktion für das laufende Jahr bereitgestellt werden. Diese Finanzierung geht weit über die im Koalitionsvertrag vereinbarte allgemeine Stärkung hinaus. Aber wir sind sicher: Dieses Geld ist eine sehr sinnvolle Investition in die Zukunft. Darüber hinaus sollen Verfügbarkeit und Gestaltungsspielraum für diese Mittel bei den Bezirken liegen, die Träger und Einrichtungen entsprechend ausstatten können. Die Bezirke haben also über Rahmenezuweisungen in den jeweiligen Jugendhilfeausschüssen sinnvolle Gestaltungsmöglichkeiten. Zu beachten ist jedoch, dass viele Einrichtungen nach den Einsparungen finanziell und personell nicht stark genug aufgestellt sind, um diese vielen neuen jungen Menschen zusätzlich aufzunehmen und sich auch adäquat um sie kümmern. Die Mitarbeiter*innen brauchen Zeit und zusätzliche Qualifikationen, um bei Fluchtgeschichten oder Traumata reagieren und helfen zu können. Die Grüne Bezirksfraktion arbeitet weiterhin für die Stärkung der OKJA, die in ihrer Niedrigschwelligkeit und ihrem offenen Charakter nicht durch Schule und Kurse ersetzt werden kann.

(S. Ali Mir Agha)



Mahnmal „Tisch mit zwölf Stühlen“

FOTO: YO LOEWY 2016

Monat des Gedenkens

Sachverhalt: In Eimsbüttel wird seit vielen Jahren eine lebendige Erinnerungskultur für die Opfer des NS-Regimes gepflegt. Im Jahr 2012 wurde die Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft „Monat des Gedenkens“ initiiert. Die AG soll Plattform für verschiedenste Veranstaltungen und Aktivitäten sein sowie ein Netzwerk für alle, die sich an Veranstaltungen beteiligen oder eigene Aktivitäten entwickeln. Außerdem soll sie einen Rahmen für Organisation und Dokumentation des Gedenkmonats geben. Auch

im Mai 2016 wollen Initiativen, Kultureinrichtungen, Kirchengemeinden, Stadtteilvereine, Schulen, Gruppen und Institutionen Projekte der lokalen Erinnerungskultur präsentieren.

Petition: Der Arbeitsgemeinschaft „Monat des Gedenkens“ werden Sondermittel der Bezirksversammlung in Höhe von 4.893 € für die Konzeption, Herstellung und Distribution von Flyern, Broschüren, Plakaten und Web-Inhalten gewährt.



FOTO: BETTINA BOTT

Lüttge-Garten

Sachverhalt: Das gartenarchitektonische Denkmal Lüttge-Garten in Lokstedt wurde von dem bekannten Hamburger Gartenarchitekten Gustav Lüttge angelegt. Der Garten wird besonders während der Blütezeit der Rhododendren regelmäßig für Kulturveranstaltungen genutzt. Ein Großteil des Lüttge-Gartens ist im Besitz der Stadt Hamburg. Der gemein-

nützige Verein „Freunde des Lüttge-Gartens e.V.“ kümmert sich seit 2004 um den Garten und hält ihn in gutem Zustand. Soweit es seine Kapazitäten zulassen, öffnet der Verein den Garten außerdem für die Öffentlichkeit und organisiert sehr gut nachgefragte Veranstaltungen.

Zur Wiederherstellung und Reparatur eines Parkweges, zur Sanierung eines Spiegelbeckens und zur Rettung zweier großer, akut einsturzgefährdeter Rhododendren nach Sturmschäden werden bezirkliche Sondermittel benötigt.

Petition: Dem Verein „Freunde des Lüttge-Gartens e.V.“ werden € 6690,70 für die Reparatur des Parkweges, die Sanierung des Spiegelbeckens und die Beseitigung der Sturmschäden aus bezirklichen Sondermitteln zur Verfügung gestellt.

Integrationsmaßnahmen im Umfeld von „Flüchtlingsunterkünften mit der Perspektive Wohnen“

Sachverhalt: Im Rahmen des Programms „Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen“ werden auch im Bezirk Eimsbüttel in naher Zukunft neue Quartiere entstehen, die zunächst von Flüchtlingen bewohnt und später als herkömmliche Wohnviertel genutzt werden. Eine wichtige Maxime ist es, die Quartiere, in denen die Unterkünfte entstehen, stabil zu entwickeln. Entsprechend hat der Auf- und Ausbau der Infrastruktur im Umfeld (Nahversorgung, Schulen, Kitas, Beratungsstellen, Sportangebote, Möglichkeiten der Begegnung) eine hohe Priorität für die bezirkliche

Entwicklung. In der Bürgerschaft wurde dafür mit einem 25-Punkte-Programm bereits ein umfangreicher Maßgabenkatalog initiiert.

Petition: Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, im Stadtplanungsausschuss einen Sachstand zur Umsetzung der im Rahmen des 25-Punkte-Programms der Hamburger Bürgerschaft initiierten Maßgaben und ggf. zu weiteren angestrebten Maßnahmen zur Quartiersentwicklung im Umfeld der geplanten Standorte am Hörgensweg, am Duvenacker sowie am Ellerbeker Weg zu geben.

Rahmenzuweisung Stadtteilkultur

Sachverhalt: Bei der Verteilung der Rahmenzuweisungen an die Bezirke für die Stadtteilkultur schneidet Eimsbüttel traditionell dürrtig ab. Wesentliche Strukturveränderungen werden aktuell nicht berücksichtigt. Die letzte Erhöhung der Rahmenzuweisungen für die Stadtteilkultur erfolgte im Jahr 2009 und Tarifsteigerungen bei den Gehältern der Mitarbeiter führen zu einer Absenkung des Gesamtetats.

Für neue Projekte der Stadtteilkultur gibt es kaum Möglichkeiten, Finanzierungen zu erhalten. Hinzu kommt in den nächsten Jahren eine deutliche Veränderung einiger Stadtteile durch die Integration von Flüchtlingen. Dabei könnten niedrigschwellige Angebote der

Stadtteilkultur eine zentrale Rolle spielen. Damit dieses möglich ist, müssen entsprechende Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Petitum: 1. Die Bezirksversammlung Eimsbüttel unterstützt die Bestrebungen der Kulturbehörde für den Doppelhaushalt 2017/2018 zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Stadtteilkulturzentren, Geschichtswerkstätten und Stadtteilkulturprojekte einzuwerben.

2. Die Kultursenatorin möge gebeten werden, in ihrer Behörde für zusätzliche Mittel neue Verteilschlüssel zu entwickeln, die auch die Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken und die daraus entstehenden Bedarfe berücksichtigen.

Takt der Buslinie 181 von/nach Eidelstedt erhöhen

Sachverhalt: Die Buslinie 181 verläuft von Eidelstedt über das Niendorfer Gehege bis zu den U-Bahnstationen Schlump und Sternschanze. Dabei endet bzw. beginnt ein Großteil der eingesetzten Busse an der Haltestelle Niendorfer Gehege und fährt nur einmal stündlich von bzw. bis Eidelstedt, in den Randzeiten gar nicht.

Die Buslinie verbindet die Siedlungsgebiete rund um Turmfalkweg und Kollenhof sowie entlang der Straße Niendorfer Gehege mit Eidelstedt. Nicht zuletzt wird sich die Zahl der Fahrgäste durch die geplante Bebauung am Duvenacker deutlich erhöhen. Aus diesen

Gründen sollte die Taktung der Buslinie 181 zwischen Niendorfer Gehege und dem Eidelstedter Platz bzw. in der Verlängerung bis zur Endhaltestelle Jaarsmoor erhöht werden. In den Hauptverkehrszeiten scheint mindestens ein 20-Minuten-Takt angezeigt, in den übrigen Zeiten eine halbstündige Taktung.

Petitum: Die Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich bei der Hamburger HOCHBAHN dafür einzusetzen, dass der Takt der Buslinie 181 zwischen Niendorfer Gehege und Eidelstedter Platz/Jaarsmoor erhöht wird.

(Gekürzte Fassungen. Die vollständigen Antragstexte finden Sie auf unserer Homepage: gruene-eimsbuettel.de)

#EIMSBÜTTEL

Gezwitscher im März



AIS AnwohnerInSchanze @Schanzen88 · 11. März
Comeback: Endlich grünes Licht für Kultklub Kir in #Eimsbüttel ndr.de /unterhaltung/C...

Jutta Krüger @juttakrueger · 4. März
#Müllberge #Eimsbüttel. Kann sich nicht jeder mal die Tage der Abholung merken?

Stefanie Koenneke @stefkoenneke · 10. März
Kurort-Mentalität ist ein schönes Wort, das uns Lokalpolitiker/innen immer wieder begegnet. #hamburg #Eimsbuettel blog.zeit.de/hamburg/kinder...

Kindertagesstätte: Großstadt mit Kurort-Mentalität
Eine Kita muss schließen, weil die Kinder zu laut sind? In Hamburgs Zentrum, zwischen Bars und Motorenlärm?

Phyre Phox @edwold · 5. März
Kaffee, Brötchen, Zeitung und am Küchenfenster dem Einparkballett zusehen #Eimsbüttel

Philip Engler @philang21 · 17. März
Gleich HA d #bveuettel. SPD+GRÜNE fordern Bezirk auf, Maßnahmen f. Flüchtlingswohngebiete in #Eimsbüttel sicherzustellen. sitzungsdienst-eimsbuettel.hamburg.de/bv/0010.asp

Philip Engler @philang21 · 1. März
Sanierter Radweg in 30er Zone in #Eidelstedt: Völlig falsches Signal! Radfahrer*innen hier auf d. Straße! #Eimsbuettel

Rene Scheer und 1 weiterer folgen.
Mietenwahnsinn.de @wohnräum_hh · 7. März
#Mietenwahnsinn der Woche: 20,77 Euro/qm kalt (!) in #Eimsbüttel: nesthub.de/flats/388 ist das noch legal oder schon kriminell?

Kirsten Reimers @Kirsten_Reimers · 9. März
Frühlingshörungsverböten #Hamburg #Eimsbüttel #sebekkanal

GRÜNE Hamburg hat retweetet.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN @Die_Gruenen · 18. März
Grüner Erfolg: #Bundesrat spricht sich für #NeinheißNein im #Sexualstrafrecht aus! Dazu @Gesine_Agona @till_steffen gruene.de /themen/frauen...

Lisa Elum-Merkel und 2 weitere folgen.
Eimsbütteler Nachr. @eimsbuettelern · 4. März
Das Überschwemmungsgebiet Kollau zwischen #Lokstedt und #Niendorf schrumpft: eimsbuetteler-nachrichten.de/ueberschwemmun... #Eimsbuettel #Hamburg #news

Überschwemmungsgebiet Kollau wird kleiner - E...
In Lokstedt und Niendorf können einige Anwohner atmen: Ihre Grundstücke liegen nicht mehr im vorgesehenen Überschwemmungsgebiet (ÜSG) Kolla...
eimsbuetteler-nachrichten.de

Mehr Grün
für Eimsbüttel

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

EIMSBÜTTEL

